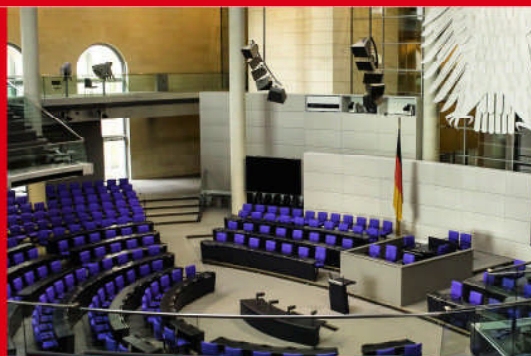




READER

Unübliche Regierungskonstellationen - Alternativen zur Großen Koalition -

von
Hilde Mattheis, Vorsitzende DL21
Stand: August 2017



Vorwort: Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit

Wir leben in einer Zeit, in der die Verteilung von Vermögen und Einkommen immer ungleicher und ungerechter wird, internationale und nationale Konflikte zunehmen und unlösbar erscheinen. In der Folge wachsen bei vielen Menschen Unsicherheit und Angst. Den Versprechungen des Neoliberalismus, dass durch weniger Sozialstaat, mehr Markt und Eigenverantwortung, der Wohlstand für alle wächst, wird immer weniger geglaubt. In dieser Situation ist die Erwartung an die Sozialdemokratie für mehr Gerechtigkeit zu sorgen groß. Diese Erwartungen haben wir trotz einiger Errungenschaften in den vergangenen Jahren nicht erfüllt. Auch der Verweis auf unsere Geschichte, auf die wir zu Recht stolz sind, konnte die Glaubwürdigkeitslücke nicht schließen.

Unser Regierungsprogrammewurf für die Bundestagswahl 2017 und unsere Botschaft „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ bieten die Chance Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen.

Wir wollen vieles für mehr Gerechtigkeit am besten mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung umsetzen:

Wir wollen gute Arbeit, mehr Demokratie und Partizipation, Investitionen in die digitale Infrastruktur und den sozialen Wohnungsbau, lebensstandssicherndes Rentenniveau, solidarische Bürgerversicherung, Gebührenfreiheit von Kita bis zur Meisterprüfung, ein Einwanderungsgesetz, humanitäre Flüchtlingspolitik, Abrüstung und Entspannung, mehr für die Entwicklungshilfe. Das wollen wir umsetzen. Das wird von einer Partei, deren historische Identität der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist, erwartet. Die SPD muss in diesem Bundestagswahlkampf diese Punkte mit Klarheit und Mut vermitteln.

Eine gerechte Politik ist eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und eine stabile Demokratie.

Die SPD darf im Wahlkampf nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen, dass sie für einen Politikwechsel steht. Ein sozialer und ökologischer Politikwechsel ist nur mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung möglich. Wir wollen eine Politik im Interesse der Vielen und nicht der Wenigen:

- Nur eine klare inhaltliche sozialdemokratische Kante gegenüber dem konservativen politischen Gegner ermöglicht die Mobilisierung der Vielen, um die Wahlen zu gewinnen.
- Wir setzen auf eine starke SPD, die in eine Koalition eintritt, in der sie mehr Gerechtigkeit umsetzen kann.
- Wir wollen Politik machen für die Vielen, die eine solidarische Politik wollen und wissen, wie wichtig ein leistungsfähiger Wohlfahrtsstaat und gute Arbeit sind. Damit auch die teilhaben können, die in den letzten Jahren zu kurz gekommen sind und endlich ihren fairen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung erhalten müssen.
- Eine Regierungsbeteiligung muss durch die Einbeziehung der Mitglieder legitimiert werden.

Der Blick auf die europäischen Schwesterparteien zeigt, dass die SPD aus Fehlern lernen muss. Denn überall dort, wo sich die sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht von ihrer neoliberal geprägten Politik lösen, sind sie in teilweise existentielle Krisen geraten.

Und überall dort, wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten glaubwürdig auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus und seiner Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität pragmatische und gerechte Politik ableiten, hat sie die Unterstützung der Vielen.

Diese Unterstützung wollen wir auch in Deutschland.

Dazu braucht es auch Regierungskonstellationen, in denen dies möglich ist.

Im Folgenden also Informationen und Impulse für die „Zeit nach dem 24. September 2017“. Wir würden uns freuen, wenn diese vorn euch ergänzt würden.

Hilde Mattheis, MdB

Bundvorsitzende des Forums DL 21

Um was geht es – eine „lose“ Sammlung

Bis 2005 bildeten die kleinen Koalitionen aus einer der beiden großen Parteien (CDU oder SPD) und einer der kleinen Partei (FDP oder Grüne) die übliche Regierungsform. In den 1980ern entstanden mit der Etablierung der Grünen zwei feste Lager, in dem zwei Blöcke einander gegenüberstanden (Rot-Grün vs. Schwarz-Gelb. Jesse spricht in diesem Zusammenhang von einem bipolaren Vierparteiensystem (Jesse 2017: 108).

Doch seitdem sich 2005 eine gesamtdeutsche Linkspartei formierte ist in Deutschland ein so genanntes „fluides Fünfparteiensystem“ entstanden. Damit wurde auch das System aus zwei Blöcken (Schwarz-Gelb vs. Rot-Grün) aufgelöst (Korte 2017). Zwar gibt es nach wie vor Zweierbündnisse, aber immer häufiger entstehen auch „ungewöhnliche“ Koalitionen (Schwarz-Grün in Hamburg von 2008 bis 2011 und in Hessen seit 2013, Grün-Rot und Grün-Schwarz in Baden-Württemberg seit 2016, Rot-Rot-Grün in Thüringen und Berlin sowie Schwarz-Rot-Grün in Sachsen-Anhalt).

Das Aufkommen der AfD und ihr quasi sicherer Einzug in den Bundestag führen nun dazu, dass herkömmliche Koalitionen noch unwahrscheinlicher werden. Die Bildung stabiler Zweierkonstellationen zwischen großer und kleiner Partei wird dadurch noch schwieriger. Eine Mehrheit könnte es sogar nur für eine große Koalition geben (Jesse 2017: 108). Eine Große Koalition wird aber auf Dauer als schädlich für die Demokratie eingestuft. Neue Wege sind daher nötig, um einer „Erstarrung der Regierungsverhältnisse entgegen[zuw]irken, die uns das österreichische Beispiel mahnend vor Augen hält“ (Decker 2017: 105). Mit diesem Reader wollen wir Möglichkeiten für Regierungsbildungen jenseits der Großen Koalition aufzeigen. Wie gehen andere Länder mit einem ausdifferenzierten Parteiensystem um? Welche Regierungskonstellationen gibt es in Europa, aber auch in den Bundesländern? Diesen Fragen werden wir uns auf den kommenden Seiten widmen.

Für die SPD sieht der Politikwissenschaftler Rudolf Korte die Beziehung zur Linkspartei als essentiell an (Korte 2017). Die Bereitschaft zur Koalition mit der Linkspartei eröffnen der SPD nämlich langfristig wichtige Machtoptionen.

Auf den Landesebenen hat es etwa Minderheitsregierungen oder Mehrparteienkonstellationen bereits gegeben. In den Anfangsjahren der jungen Bundesrepublik waren Mehrparteienkoalitionen nicht unüblich. Das Parteiensystem war in dieser Zeit stark ausdifferenziert. Deshalb es Allparteienkoalitionen und auch Dreierbündnisse auf Bundes- und Länderebenen gab (Klecha 2010: 18).

I Alternativen zur Großen Koalition

Große Koalitionen werden in der Politikwissenschaft sehr kritisch beurteilt. Kielmannsegg nennt sie einen „demokratischen Sündenfall“ (Kielmannsegg 2002, zitiert nach Klecha 2010: 26). Sie gelten nicht als Modell für die parlamentarische Demokratie und sind zudem auch weder von der öffentlichen Meinung noch von den Parteien erwünscht (Jesse 2017: 107). Und schon vor der Bildung der Großen Koalition im Jahr 2013 warnte der Cicero vor der Bildung dieses Regierungsbündnisses, da die Demokratie vom Parteienstreit lebe (Cicero Online vom 03.08.2013). Für den Fall, dass die beiden Volksparteien sich für diese Konstellation entscheiden sollten, sagte die Zeitung eine weitere Wählerentfremdung und eine Fragmentierung des Parteiensystems voraus. Sieht man sich die aktuellen Umfragen an, muss man feststellen, dass diese Vorhersage leider zutreffend war.

Auf Landesebene gab und gibt es – ebenso wie auf Bundesebene – immer wieder Wahlausgänge, in denen keines der beiden traditionellen politischen Lager eine Mehrheit erreicht. Um die Bildung einer Großen Koalition zu verhindern, haben Parteien in den Landesparlamenten schon seit den 1990er Jahren nach neuartigen Regierungskonstellationen gesucht und umgesetzt.

I.I Alternative Zweierbündnisse

In der Zeit des bipolaren Vierparteiensystems (von den 1980ern bis 2005) waren Schwarz-Gelb und Rot-Grün die herkömmlichen Regierungskonstellationen. In den letzten Jahren hat es aber auch vermehrt lagerübergreifende Zweierbündnisse gegeben. (Rot-Gelb in Rheinland-Pfalz, Schwarz-Grün und Grün-Schwarz in Hamburg, 2008 bis 2011 bzw. Baden-Württemberg, 2016). Generell gibt es in allen Parteien aber Vorbehalte gegen lagerübergreifenden Bündnissen, weil

man den Verlust von Wählerstimmen befürchtet, da lagerübergreifenden Zweierkonstellationen weniger Stabilität zugetraut wird.

In den neuen Bundesländern hat sich die SPD mit guten Erfahrungen für die Zusammenarbeit mit der PDS bzw. der Linkspartei geöffnet. Die erste Konstellation dieser Art gab es 1998 in Mecklenburg-Vorpommern. Sie wurde 2002 im Amt bestätigt. 2002 wurde in Berlin eine rot-rot Regierung gegründet. Sie blieb bis 2011 an der Macht. 2009 wurde dann eine rot-rote Regierung in Brandenburg gebildet, die bis heute im Amt ist.

I.II Dreierbündnisse

Da große Koalitionen als demokratielähmend betrachtet werden, stellt der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse fest, dass die (bisher auf Bundesebene unüblichen) Dreierbündnisse dieser Regierungsform vorzuziehen seien. Eine große Koalition darf seiner Meinung nach nur eine „Notlösung“ sein (Jesse 2017: 112). Gerade in jüngster Vergangenheit wurden auf Landesebene verschiedene Dreierkoalitionen geschmiedet.

In Brandenburg regierte von 1990 bis 1994 eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen. Sie zerbrach 1994. 1991 bis 1995 schlossen sich die drei Parteien in Bremen ebenfalls zu einer Ampel zusammen. Diese zerbrach jedoch vorzeitig an Auseinandersetzungen zwischen Grünen und FDP. 2016 wurde in Rheinland-Pfalz ebenfalls eine Ampel gegründet. Im Saarland wurde im Jahr 2009 eine Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen gebildet. Sie hielt allerdings nur bis 2012, weil es in der FDP-Fraktion Unruhe und Streit ums Personal gab. Die zweite Koalition dieser Art hat nach der diesjährigen Landtagswahl in Schleswig-Holstein ihre Arbeit aufgenommen. Parteienforscher beurteilen diese lagerübergreifenden Dreierbündnisse allerdings eher kritisch, da die ideologische Distanz zwischen Grünen und FDP als zu groß gilt (Linhart 2006: 91).

Dagegen wird einem Bündnis zwischen SPD, Grünen und Linkspartei unter den Dreierkonstellationen „die geringste durchschnittliche Distanz unter den Koalitionspartnern“ (ebd.) attestiert. Bei dieser Variante der Dreierkoalition gibt es also die größten programmatischen Über-

einstimmungen, weshalb sie aus politikwissenschaftlicher Sicht zu favorisieren ist. In Deutschland gibt es auf Länderebene inzwischen zwei derartige Zusammenschlüsse: In Thüringen mit dem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und in Berlin unter SPD-Führung.

Oft zitiertes Argument für die Bundesebene ist, dass die Linkspartei sei auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik zu unzuverlässig sei. Da seit Jahren in verschiedensten Kreisen rot-rot-grüne Gespräche stattfinden, um Gemeinsamkeiten auf den unterschiedlichsten Politikfeldern auszuloten, kann durchaus davon ausgegangen werden, dass es Einigungsbereitschaft gibt. Auch die Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, Gesine Schwan, zeigt sich optimistisch mit Blick auf die NATO eine Einigung zu finden. „Ich glaube, dass wir bei einer nüchternen Diskussion über die Frage, was sind unsere Sicherheitsinteressen, zu einer Verständigung mit der Linkspartei kommen können“, erklärte die Politikprofessorin kürzlich.

I.III Minderheitsregierungen

Auch wenn es auf Länderebene bereits mehrfach stabile Minderheitsregierungen in der Bundesrepublik gegeben hat, so wird diese Regierungsform doch auf Bundesebene mit Verweis auf ihre vermeintliche Instabilität abgelehnt. In diesem Zusammenhang ist der Verweis auf die Minderheitsregierungen der Weimarer Republik, die nur kurze Amtsperioden hatten, ein beliebtes Beispiel (Jesse 2017: 113). Dabei wird jedoch übersehen, dass keine Regierung in der Weimarer Republik länger als zwei Jahre gehalten hat. Klecha führt die Instabilität in dieser Zeit auf Spezifika der Weimarer Verfassung (namentlich die herausgehobene Stellung des Präsidenten) und die „Heterogenität der Regierungsbündnisse“ zurück (Klecha 2010: 30).

Mit der heutigen Verfassung der Bundesrepublik wäre die Bildung einer Minderheitsregierung auch auf Bundesebene durchaus vorstellbar. Die Regierung kann nämlich nur noch durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden – also, wenn sich die Opposition auf ein gemeinsames Vorgehen einigt, um zusammen eineN neueN BundeskanzlerIn zu ernennen. Wenn ein Misstrauensvotum nur konstruktiv gestellt werden kann, bringt das auch für eine Minderheitsregierung nahezu unbegrenzten Handlungsspielraum mit sich (Klecha 2010: 51). Das heißt, sie kann also weitestgehend so frei handeln, wie eine Mehrheitsregierung.

Klecha macht in Bundesrepublik der Zeit bis 2010 „acht echte Minderheitsregierungen“ aus, von denen keine vorzeitig zerbrochen ist. Einmal im Amt seien sie „bislang jedenfalls kein Hort der Instabilität gewesen.“ (Klecha 2010: 31). Von den 18 großen Koalitionen, die es in Deutschland bis 2010 gegeben hat, sind dagegen immerhin drei vorzeitig auseinandergebrochen (Klecha 2010: 32).

Minderheitsregierungen werden im Übrigen sogar positive Eigenschaften zugeschrieben. So beleben sie etwa die parlamentarische / politische Debatte, weil die Regierungsfraktion(en) für ihre Projekte beständig nach neuen Mehrheiten suchen müssen. Das gesamte Parlament kann in stärkerem Umfang gestalterisch tätig werden als bei herkömmlichen Mehrheitsregierungen (Gamillscheg 2013, Stecker 2016).

Die erste Minderheitsregierung nach 1990 gab es in Sachsen-Anhalt als nach der Landtagswahl 1994 keines der beiden Lager (rot-grün/schwarz-gelb) eine eigene Mehrheit hatte. Um eine Große Koalition zu vermeiden wurde eine Minderheitsregierung aus SPD und Grünen gebildet, die von der PDS gestützt wurde. Von 1998 bis 2002 führte die SPD diese Regierung alleine fort und wurde ebenfalls von der PDS gestützt.

In Berlin wurde 2001 nach dem Auseinanderbrechen der Großen Koalition eine rot-grüne Minderheitsregierung gebildet, die von der PDS gestützt wurde. Sie mündete nach der Wahl 2002 in eine rot-rote Regierung.

In Nordrhein-Westfalen gab es nach der Landtagswahl 2010 für keines der Lager eine eigene Mehrheit. Hannelore Kraft bildete daraufhin eine Minderheitsregierung mit den Grünen. Bei den im Jahr 2012 stattfindenden vorgezogenen Neuwahlen wurde dieser Mut mit einer deutlichen Mehrheit für Rot-Grün belohnt.

II Alternative Regierungsformen in Europa

Auch in anderen europäischen Staaten führten und führen Wahlen nicht immer zu einer klaren Mehrheit für eines der politischen Lager. Trotzdem finden die Parteien in diesen Ländern Wege, um die Bildung einer großen Koalition zu umgehen.

Dänemark ist ein Vielparteiensystem. Derzeit sind neun Parteien im Parlament vertreten. Entsprechend sind Mehrheiten für Regierungen eher die Ausnahme als die Regel. Seit 1971 hat es nur eine einzige Mehrheitsregierung gegeben. Minderheitsregierungen sind hier also gängig. Die Regierungen suchten sich ihre Partner im Parlament je nach dem Politikfeld, auf dem sie gerade ein Vorhaben realisieren wollen, aus. Die Mehrheiten wechseln also je nachdem, welches Thema gerade bearbeitet wird. Trotzdem sind die Regierungen unseres nördlichen Nachbarn ausgesprochen stabil und außerdem recht erfolgreich. Dänemark ist ein Wohlfahrtsstaat mit einer der zufriedensten Bevölkerungen der Welt.

Auch **Schweden** gehört zu den Ländern mit einem Vielparteiensystem. Bei der letzten Wahl im Jahr 2014 schafften es acht Parteien ins schwedische Parlament. Daher ist auch hier die Bildung einer Mehrheitsregierung schwierig, weshalb ebenso wie in Dänemark oder Norwegen Minderheitsregierungen an der Tagesordnung sind. Seit 2014 regiert eine rot-grüne Koalition, die ebenfalls über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügt. Da aber die Konservativen ein Bündnis mit den rechtspopulistischen Schwedendemokraten ausgeschlossen hatten, reicht die relative Mehrheit gegenüber dem bürgerlichen Lager aus, um eine linke Regierung bilden zu können.

In **Norwegen** gehören Minderheitsregierungen – ähnlich wie in Dänemark – zum Regierungsalltag. 2005 kam es in Norwegen zur Bildung einer mitte-linken Dreiparteienregierung zwischen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Sozialistischen Linkspartei und der Zentrumspartei. Nachdem die Arbeiterpartei die Wahl 2001 aufgrund ihrer eher neoliberalen Politik (massive Privatisierungen) verloren hatte, schlug sie 2005 eine andere Strategie ein. Sie erklärte schon vor der Wahl, offen für eine Koalition mit der Sozialistischen Linkspartei und der Zentrumspartei zu sein. Möglich wurde diese Koalition auch, weil alle drei Parteien sich zu Kompromissen bereit erklärten. Strittige Punkte, wie etwa der Beitritt Norwegens zur NATO

wurden bereits vor der Wahl geklärt. So stimmte die Sozialistische Linkspartei, die wie ihre deutsche Schwesterpartei die NATO ablehnt, einer Mitgliedschaft Norwegens in der NATO zu, da sie die einzige Partei im Parlament ist, die diese Position vertritt. Die Koalition betrieb dann auch echte linke Politik: Die Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen wurde beendet, die Beteiligung am Kampfeinsatz der NATO in Afghanistan ebenso (Voraussetzung für die Beteiligung an Auslandseinsätzen war das Vorliegen eines UN-Mandates), die Kommerzialisierung und Privatisierung wurde gestoppt. Reiche Menschen mussten im Verhältnis höhere Steuern zahlen, so dass die Schere zwischen Armen und Reichen im Land sich zu schließen begann (Johansen 2011: 8,9). Diese Politik führte zu einer Wiederwahl der Koalition im Jahr 2009, bei der die Sozialdemokraten sogar noch Stimmanteile dazu gewinnen konnten. Sie legten um 2,8 Prozent auf 35,4 Prozent zu.

In **Portugal** hatte nach der Parlamentswahl 2015 keines der beiden herkömmlichen Lager eine eigene Mehrheit. Auf der rechten Seite stand ein konservatives Parteienbündnis, auf der linken Seite die Sozialistische Partei (PS), links davon die Kommunisten und der Linksblock. Bemerkenswerterweise gelang es den Sozialisten eine Minderheitsregierung zu bilden, die im Parlament von den Kommunisten und dem Linksblock gestützt wird. Das ist besonders deshalb beachtlich, weil seit der Revolution 1976 Sozialisten und Kommunisten so zerstritten waren, dass sie über Jahrzehnte hinweg nicht einmal miteinander gesprochen haben. Doch nach der Wahl verhandelten sie ein Abkommen für eine Zusammenarbeit. Radikale Forderungen wie ein Austritt aus der NATO oder dem Euro waren darin nicht enthalten. Am 25. November 2015 trat die neue Regierung unter Premier Antonia Costa ihr Amt an. Seitdem wurden viele Maßnahmen der Vorgängerregierung, die im Rahmen der Austeritätspolitik durchgeführt worden waren, wieder rückgängig gemacht: frühere Gehaltskürzungen wurden zurückgenommen, die 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst wurde wiedereingeführt, ebenso vier gestrichene Feiertage. Zudem wurden die Renten und der Mindestlohn erhöht. Die Privatisierung der staatlichen Fluggesellschaft wurde gestoppt. Indes ist die Arbeitslosigkeit im Land von 12,1 auf 10,5 Prozent gesunken.

III Lehren aus Griechenland, Frankreich und den Niederlanden

In der jüngsten Vergangenheit wurden verschiedene sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Europa marginalisiert. Der Grund dafür war die von ihnen betriebene neoliberale Politik, mit der sie ihre Wählerschaft massiv enttäuschten. Die wohl gravierendsten Beispiele sind Griechenland, die Niederlande und Frankreich.

Den Anfang machte die **griechische** PASOK. Bei der Parlamentswahl im Januar 2015 erreichte nicht einmal mehr 5 Prozent der Wählerstimmen, während sie wenige Jahre zuvor noch bei 40 Prozent gelegen hatte. Auch bei der vorzeitigen Neuwahl im September desselben Jahres lag sie bei nur 6 Prozent. Damit erteilten die WählerInnen der Partei die Quittung für die Sparpolitik, die sie in den Jahren zuvor (mit)umgesetzt hatte. Bei aller Besonderheit dieser Partei und der spezifischen Situation in Griechenland zeigte dieses Ergebnis, dass SozialdemokratInnen mit Rezepten neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Wahlen gewinnen können. Wer einen solchen Kurs verfolgt, wird abgestraft.

Im März dieses Jahres musste in den **Niederlanden** die sozialdemokratische Partij van de Arbeid bei der Parlamentswahl herbe Verluste einstecken. Sie reagierte seit 2012 in einer großen Koalition mit der marktliberalen VVD des Premierminister Mark Rutte. In diesem Bündnis trug sie die harten Sparmaßnahmen des Regierungschefs mit, wofür die WählerInnen sie beim Urnengang abstrafte. Die Fraktion schrumpfte auf ein Viertel der vormaligen Größe zusammen bzw. von 25 auf 5,7 Prozent der Wählerstimmen.

Ebenfalls in diesem Jahr ereilte in **Frankreich** die regierende PS ein ähnliches Schicksal. Bei der Präsidentschaftswahl scheiterte ihr Bewerber Benoît Hamon mit einem Ergebnis von nur 6,4 Prozent bereits in der ersten Runde kläglich. Und auch bei den Parlamentswahlen musste die PS herbe Verluste hinnehmen. Von ihren ehemals 291 Sitzen blieben ihr nach dem Urnengang im Juni nur noch 29. In den Regierungsjahren zuvor hatte es der amtierende Präsident, Hollande, geschafft, das unbeliebteste Staatsoberhaupt zu werden, den das Land je hatte. Während er die mit linker Rhetorik ins Amt gewählt worden war, verfolgte er später eine neoliberale Politik, indem er etwa die Liberalisierung des Arbeitsmarktes anstrebte. Es gelang ihm weder, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, noch die Armutsquote im Land zu senken. Benoît

Hamon trat zwar mit einem Gegenprogramm zur bisherigen Politik Hollandes an, doch fehlte ihm die innerparteiliche Unterstützung, da namhafte Vertreter der PS, wie etwa der ehemalige Premierminister Valls, sich der Bewegung von Emmanuel Macron anschlossen.

Vorläufiges Fazit

Besonders anschaulich zeigen die beiden linken Regierungen in Norwegen und Portugal, dass es Möglichkeiten der Regierungsbildung jenseits der Großen Koalition gibt, die erfolgreich arbeiten und auch wiedergewählt werden. Das sollte uns als SPD ermutigen und mutig machen.

Literatur

Cicero Online (2013): Der falsche Sehnsuchtsort der Parteien, <http://cicero.de/innenpolitik/der-falsche-sehnsuchtsort-der-politischen-eliten/48956>

Decker, Frank (2017): Aktuelle Entwicklungen in der Parteienlandschaft, in: Bundestagswahl 2017, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart, http://www.buergerimstaat.de/2_17/bundestagswahl_2017.pdf

Gamillscheg, Hannes: Minderheitsregierung Skandinavien. Stabil regieren ohne Mehrheit, in: Frankfurter Rundschau vom 04.10.2013, <http://www.fr.de/politik/meinung/minderheitsregierung-skandinavien-stabil-regieren-ohne-mehrheit-a-668087>

Jesse, Eckhard (2017): Die deutsche Koalitionsdemokratie, in: Bundestagswahl 2017, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart, http://www.buergerimstaat.de/2_17/bundestagswahl_2017.pdf

Kielmannsegg, Peter Graf 2002: Mehrheiten sind nicht mehr garantiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.08.2002

Klecha, Stephan (2010): Minderheitsregierungen in Deutschland. Friedriche Ebert Stitung, Hannover, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hannover/08122.pdf>

Korte, Karl-Rudolf (2017): Veränderungen im Parteiensystem, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, <http://www.bpb.de/249634/veraenderungen-im-parteiensystem>

Stecker, Christian: Offene Beziehungen, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.04.2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-offene-beziehungen-1.2942432>